

Posener Zeitung.

Sechshundsechzigster

Jahrgang.

Donnerstag, 13. März

(Erscheint täglich zwei Mal.)

1873.

Annoncen-Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
bei Herrn Th. Spindler,
Kgl. u. Preuss. Hof-Druck-
er in Posen bei Herrn J. Streiland;
in Frankfurt a. M.:
G. J. Dabbe & Co.

Annoncen-Bureau:
In Berlin
außer in der Expedition
bei Herrn Th. Spindler,
Kgl. u. Preuss. Hof-Druck-
er in Posen bei Herrn J. Streiland;
in Frankfurt a. M.:
G. J. Dabbe & Co.

Nr. 121.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-
jährlich für die Stadt Posen 1½ Tblr., für ganz
Preußen 1 Tblr. 24 Sgr. — Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Inserate & Gr. die sechsgehaltene Zeile ober
deren Raum, druckbare Reklamen & Gr., sind
an die Expedition zu richten und werden für die an-
gehenden Tage erscheinende Nummer nur bis 10
Uhr vormittags angenommen.

Amliches.

Berlin, 12. März. Der König hat dem Appell.-Ger.-Vize-Präs. Geh. Ober-Justiz-Rath v. Brauchitsch zu Stettin, den Stern zum R. A. D. 2. Kl. mit Eichenlaub, dem Bürgermeister Veder zu Halberstadt für die Amtseinführung den Titel als Ober-Bürgermeister der genannten Stadt verliehen; und den seitberigen Beigeordneten und Stadtrath Garke zu Quedlinburg, der von der Stadtverordneten-Versammlung daselbst getroffenen Wiederwahl gemäß, als unbesoldeten Beigeordneten (zweiten Bürgermeister) der Stadt Quedlinburg für eine fernerweite sechsjährige Amtsdauer bestätigt.

Der bisherige k. Kreis-Baumeister Ludwig Carl Cramer zu Warburg ist zum k. Bau-Insp. ernannt und ihm die Bau-Insp. Stelle zu Bielefeld verliehen worden; der k. Kreis-Baumeister von Groppe zu Krotoschin ist in gleicher Eigenschaft nach Warburg versetzt worden. Der bisherige k. Eisenbahn-Baumeister Alexander Sellin zu Märk. Gladbach ist zum k. Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Insp. ernannt und demselben die Stelle eines solchen bei der Breslau-Mittelwalder Eisenbahn (Oberschlesisches Eisenbahn-Unternehmen) zu Strehlen verliehen worden.

Telegraphische Nachrichten.

Havelberg, 12. März. Das hiesige Postgebäude ist heute Morgen abgebrannt. Die in demselben befindlich gewesene Telegraphen-Station für Havelberg, sowie die Telegraphenstation Spandau ist außer Betrieb.

Wiesbaden, 11. März. Heute Abend ist von hier aus eine mit 22,600 Unterschriften aus dem Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin bedeckte Petition an den morgen zusammentretenden Reichstag abgegeben, in welcher um Einführung einer konstitutionellen Verfassung in Mecklenburg gebeten wird.

Leipzig, 12. März. Wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, ist der Litterat Adolf Hepner, Mitarbeiter an der sozialdemokratischen Zeitung „Volksstaat“, heute durch Verfügung des Polizeiamtes aus Leipzig ausgewiesen worden.

Darmstadt, 12. März. Nach offizieller Bekanntmachung in der „Darmstädter Ztg.“ wird die Synode zur Berathung der evangelischen Kirchenverfassung auf den 25. März einberufen.

Stuttgart, 12. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde der Antrag des Abg. Desterler, über die Regierungsvorlage wegen der Militärretablissementskosten zur Tagesordnung überzugehen, mit 66 gegen 20 Stimmen abgelehnt. — Nach den neuesten Bestimmungen soll die Leiche der verewigten Königin-Mutter am Freitag um 4 Uhr in die hiesige Stiftskirche übergeführt werden, wo der Trauergottesdienst stattfinden wird; von dort aus soll sich der Leichenkondukt gegen 6 Uhr nach Ludwigsburg begeben.

Strasburg, 12. März. Das Ersatzaushebungsgeschäft für die hiesige Stadt ist gestern beendet worden. Zu demselben hatten sich 389 Militärdienstpflichtige gestellt, von denen 178 für tauglich erklärt wurden.

Genf, 12. März. Vater Synacanth ist heute hier eingetroffen; derselbe wird seine Vorträge am nächsten Montag eröffnen.

Solothurn, 12. März. Die hiesige Wahlbehörde hat auf Antrag der Kirchengemeinde Osten den altkatholischen Pfarrer Herzog in Krefeld mit 12 gegen 1 Stimme zum Pfarrer von Osten gewählt.

Brüssel, 11. März. Im Fortgange der Debatte über den Wiederanlauf der Eisenbahnen des Grand Luxemburg in der Deputierten-Kammer richtete namentlich der Deputierte Pescart's heftige Angriffe gegen die Regierung und behauptete, der Brief Philippart's an das Ministerium sei bestellt und dieser ganze Anzidenzfall überhaupt nur in Szene gesetzt, um die Kammer und das Land hinter das Licht zu führen. Der Redner wurde deshalb zur Ordnung gerufen, der Ordnungsruf aber wieder zurückgenommen, nachdem zwei Mitglieder der Linken die Begründetheit desselben angefochten und Pescart erklärt hatte, daß er die persönliche Ehrenhaftigkeit der Minister nicht habe angreifen wollen.

Paris, 12. März. Eine Kommission ist beauftragt worden die Uebergabe des Elsassisch-Lothringischen Bahnnetzes an die Deutsche Regierung zu vollziehen. Die Kommission wird morgen die Erklärungen des Direktors der Großen Luxemburgischen Bahn entgegennehmen. — Die von Blancheu gegen Thiers gestern gerichteten Angriffe werden selbst von den Legitimisten getadelt. — Seitens des radikalen Komitès werden für die im April stattfindenden Nachwahlen als Kandidaten aufgestellt: in Paris Ledru Rollin, in Lyon Baro, früherer Oppositionsabgeordneter für Bordeaux. — Wie verlautet, wird Thiers der morgen stattfindenden Geburtstagsfeier bei Nizza nicht beizohnen. — Nach aus San Sebastian vom gestrigen Abend hierher gelangten, aus Regierungsquellen stammenden Nachrichten, wäre ein etwa 2000 Mann zählender Karlistenhaufen unter Dorregaray bei Monreal in Navarra von den Regierungstruppen geschlagen worden und hätte viele Tote und Gefangene verloren. Ein anderer Karlistentrupp unter Soreta hätte gleichfalls eine vollständige Niederlage erlitten und wäre in die Berge von Oyarzun gedrängt worden. Der letztere hätte 23 Tote, darunter Soreta, auf dem Plage gelassen, eine große Anzahl sei verwundet, viele seien über die französische Grenze geflohen.

Madrid, 12. März. Die Nationalversammlung hat die drei Artikel des von Primo Rivera gestellten vermittelnden Antrages, wonach nur im Allgemeinen erklärt wird, daß der Tag der Neuwahl und des Zusammentritts der konstituierenden Cortes festzustellen sei, angenommen. Nachrichten der Regierung schildern die Verhältnisse in Valencia, Tarragona, Barcelona sehr günstig, Figueras ist in Barcelona mit großen Freudenbezeugungen empfangen worden.

Rom, 11. März. Der König hat, wie die hiesigen Blätter melden, den Herzog von Aosta zum Generalleutnant ernannt. —

Die Deputiertenkammer setzte in ihrer heutigen Sitzung die Berathung über die Armeeorganisation fort. Der Finanzminister Sella kündigte an, daß er am nächsten Montag das definitive Budget nebst Erläuterungen einbringen werde. — In einem Artikel der „Opinione“ über die vor einigen Tagen vom Fürsten Nichtenstein an den Papst gerichtete Ansprache wird die Frage aufgeworfen, ob der Fürst berechtigt gewesen sei, in so grober Weise die Regierung des Landes zu insultiren, dessen Gast er gegenwärtig sei. Man könne überzeugt sein, daß der Fürst in einem anderen Lande überhaupt eine ähnliche Rede nicht gehalten hätte und, wenn dies doch der Fall, er sofort der beleidigten Nation hätte Genugthuung geben müssen. Hier aber habe er ungeachtet gesprochen und sei diese Thatfache schon an sich die beste Verurtheilung der Hestigkeiten der Gegner Italiens. Alle diese kirchlichen Deputationen, welche in Rom eintreffen, schienen zu glauben, daß die Garantiegesetze, anstatt die Freiheit zu wahren, dazu geschaffen seien, die Zügellosigkeit derselben zu ermuntern; hierin aber täuschten sie sich; kein Gesetz gestatte ihnen, die Institutionen des Landes zu verletzen. Italien fürchte das Benehmen dieser Deputationen durchaus nicht, aber in ihrem eigenen Interesse sollten sie größere Achtung vor der öffentlichen Meinung haben.

London, 12. März. Gladstone hat seinen Antrag, daß sich das Unterhaus bis zum Donnerstag verhalte, mit dem Hinweis darauf begründet, daß er nach dem Resultate der über die irische Universitätsbill erfolgten Abstimmung notwendig sich mit seinen Kollegen über die weiteren Schritte des Ministeriums berathen müsse. Der „Daily Telegraph“ erblüht in der gestrigen Abstimmung den Todesstoß für eines der größten Ministerien, welche die englische Geschichte kenne und findet es nicht im Entferntesten zweifelhaft, daß das Ministerium seine Entlassung geben und daß Disraeli von der Königin mit Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt werde. — Das Oberhaus hat in zweiter Lesung die Bill betreffend die Errichtung eines Oberappellationsgerichtshofes angenommen.

Petersburg, 12. März. Nach dem „Golos“ ist die Abreise der Kaiserin von Rußland nach Italien auf Donnerstag 1. (13.) März 1 Uhr Nachmittags festgesetzt worden.

Budapest, 12. März. Die Kammeression ist bis zum 27. März verlängert worden; die Regierung hat der Kammer einen Gesetzentwurf über mehrere wesentliche Abänderungen des Tabaksmonopols unterbreitet.

Neuwerk, 11. März. Nach Berichten aus Mexiko ist Porfirio Diaz zum Oberrichter von Mexiko erwählt worden. Der nordamerikanische General Austin ist in der Grenzstation am Rio-Grande del Norte eingetroffen, um Maßregeln zur Sicherung der amerikanischen Grenzbevölkerung zu treffen.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 12. März.

Die Thronrede, mit welcher gestern der Reichstag eröffnet wurde, lautet wie folgt:

Geehrte Herren!

Im Namen der verbündeten Regierungen heiße ich Sie zur letzten Session der Legislatur-Periode willkommen.

Während dreier Sessionen haben Sie in Gemeinschaft mit dem Bundesrathe eine doppelte Aufgabe zu erfüllen gehabt, die Befestigung und Ausbildung der durch die Reichsverfassung geschaffenen Institutionen und die Ordnung und Regelung der durch einen großen Krieg herbeigeführten außerordentlichen Verhältnisse. In beiden Beziehungen wird Ihre Thätigkeit wiederum in Anspruch genommen werden, theils für den Abschluß der in ihren Grundlagen bereits festgestellten, theils für die Schöpfung neuer Einrichtungen.

Das Eigenthums-Verhältniß an den, aus den Verwaltungen der einzelnen Bundesstaaten an die Reichsverwaltung übergegangenen Grundstücken bedarf der gesetzlichen Regelung, um die immer mehr hervortretenden Schwierigkeiten zu beseitigen, welche von der über diesem Verhältniß ruhenden Unklarheit unzertrennlich sind.

Das deutsche Festungssystem erfordert eine Umgestaltung, welche, indem sie die Verteidigungsfähigkeit der großen Waffenplätze erhöht, den Verzicht auf die Erhaltung anderer Befestigungen gestattet. Die Ansprüche, welche den Invaliden aus dem letzten Kriege und den Hinterbliebenen gesetzlich zuteilen, erfordern Einrichtungen, welche Gewähr dafür leisten, daß die Dedung dieser Ansprüche aus der Kriegsentwädigung befristet werden wird, ohne auf die regelmäßigen Einnahmen zurückzugehen.

Der vor sechs Jahren für die Entwicklung der Kriegsmarine festgesetzte, seiner Ausführung nahe gebrachte Plan wird in Betracht der seitdem eingetretenen Verhältnisse und gewonnenen Erfahrungen einer in Ihrer letzten Session auch von Ihnen angeregten Umgestaltung zu unterwerfen sein.

Ein allgemeines Militairgesetz ist in der Verfassung verheißen und durch die Erweiterung des deutschen Heeres zu einer Nothwendigkeit geworden. Auf der Grundlage des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste und der erprobten Einrichtungen der Armee wird es der Wehrkraft der Nation die Ausbildung sichern, um welche uns das Ausland beneidet, und welche die Bürgerschaft dafür bietet, daß Deutschland sich in Frieden der Güter erfreue, die es auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiete erwirbt. Die Leistungen, welche vom Lande im Falle eines Krieges zu fordern, und die Grundsätze, nach welchen diese Leistungen zu vergüten sind, werden ebenfalls, unter Beachtung der im letzten Kriege gemachten Erfahrungen, neu und gleichmäßig zu ordnen sein.

Durch die Beschlüsse in Ihrer vorletzten Session haben Sie die äußere Lage der Reichsbeamten günstiger gestaltet. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die damals von Ihnen verlangten und bereitwillig gewährten Bewilligungen nicht ausreichen, um das Einkommen der Beamten so zu regeln, wie das öffentliche Interesse es erfordert. Derselben Erfahrungen erheben sich mit gleicher Dringlichkeit eine Verbesserung des Einkommens der Offiziere und Unteroffiziere. Die günstige Lage der Einnahmen des Reiches wird es gestatten, diese Zwecke ohne Erhöhung der Matrikularbeiträge zu erreichen. Um so mehr vertraue ich, daß den Vorlagen, welche für diese Zwecke nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes Ihnen zugehen werden, Ihre Genehmigung nicht fehlen wird.

Die in ihrer Grundlage festgestellte Neugestaltung des deutschen Münzwesens soll durch einen Ihnen zugehenden Gesetzentwurf ihren endgültigen Abschluß erhalten. Für die Beförderung von Packeten und Werthsendungen durch die Post wird Ihnen ein neuer Tarif vorgelegt werden, welcher den doppelten Zweck hat, die bestehenden Sätze wesentlich zu vereinfachen und in den meisten Fällen erheblich zu ermäßigen.

In Folge der während Ihrer letzten Session über die Salzsteuer stattgefundenen Verhandlungen hat der Bundesrath eine eingehende Erörterung der Frage eingeleitet: auf welchem Wege die bei Aufhebung dieser Steuer ausfallende Einnahme anderweit zu beschaffen sei. Diese Erörterung ist ihrem Abschluß nahe, und es wird ihr Ergebniß einen Gegenstand Ihrer Beratungen bilden.

Wenige Tage nach dem Schluß Ihrer letzten Session wurde mit Frankreich eine Uebereinkunft getroffen, welche die Fristen für die Zahlung des letzten Theiles der Kriegskostenentschädigung und, im Zusammenhang damit, für die Räumung der von unseren Truppen besetzten Gebiete regelt. Die Ihnen über diese Uebereinkunft und deren Ausführung zu machenden Mittheilungen werden zeigen, daß Frankreich mit seinen Zahlungen den verabredeten Terminen weit vorausgeeilt und daß daher der Zeitpunkt gekommen ist, um die in dem vorläufigen Gesetze über die Kriegskosten-Entschädigung noch vorbehaltenen Fragen zu entscheiden. Auch über diese Fragen werden Ihnen Vorlagen gemacht werden.

Das von mir im vergangenen Jahre an dieser Stelle ausgesprochene Vertrauen auf eine Entwicklung der inneren Zustände Frankreichs im Sinne der Beruhigung und der wirtschaftlichen Fortschritte ist nicht getäuscht worden. Ich begründe hierauf die Hoffnung, daß der Augenblick nicht mehr fern sein werde, wo die vollständige Abwicklung unserer finanziellen Auseinandersetzung mit der französischen Regierung die gänzliche Räumung des französischen Gebiets früher, als in Aussicht genommen war, herbeiführen wird.

Die Beziehungen des Reichs zu allen auswärtigen Staaten rechtfertigen das volle Vertrauen, mit welchem ich auf die Erhaltung und die fortschreitende Befestigung des Friedens rechne. Dieses Mein Vertrauen schöpft seine volle Berechtigung aus Meinen freundschaftlichen Beziehungen zu den Herrschern der mächtigen Nachbarreiche Deutschlands, welche ihre Bestätigung und Kräftigung durch den Besuch erhalten haben, der mir von Seiten der mir so nahe befreundeten mächtigen Monarchen vor wenigen Monaten zu Theil geworden ist.

Diese den Frieden verbürgenden Beziehungen zu unseren Nachbarn zu pflegen werde ich fortgesetzt als Meine erwünschte und mit Gottes Hilfe erfüllbare Aufgabe ansehen.

Die „Provinzialkorrespondenz“ erinnert in einem Artikel, überschrieben: Bischöfliche Huldigung und Treue, an die von Ledochowski dem Könige geleistete Huldigung, reproduziert den Huldigungsseid, in welchem er die Treue gegen den König, den Gehorsam gegen die Gesetze gelobt, und bezeichnet das Auftreten des Erzbischofs in der Frage der Unterrichtssprache als entschiedene Aufsehnung gegen die Regierung. Das Auftreten sei eine Aufreizung der Unterthanen und Beamten zum Ungehorsam. Dieser Vorgang gebe einen neuen Beweis von der Unerklärlichkeit der Gesetze gegen Abwehr geistlicher Uebergriffe. Die Staatsregierung werde selbstverständlich die Anordnungen betreffs der Unterrichtssprache in der Provinz Posen aufrecht erhalten. Die Religionslehrer würden nicht im Zweifel sein können, daß sie den königlichen Behörden den schuldigen Gehorsam nur unter Gefährdung ihrer Amtseinführung versagen könnten. Aber abgesehen von der Durchführung zunächst in Rede stehender Maßregeln, werde die Regierung Sorge tragen, daß die Erfüllung einmal gelobter Unterthanen-Pflicht nicht von der willkürlichen Deutung der Bischöfe abhängig sei.

Leipzig, 12. März. (Zur Buchdruckerangelegenheit.) Der Verein der deutschen Buchdruckermeister veranbat den für die Buchdruckergehilfen höchst günstigen Tarifentwurf, über den am 24. d. in Weimar von den Prinzipalen verhandelt werden soll, und erließ an den Verband der Buchdruckergehilfen die Aufforderung, durch die That die Verlässlichkeit der Gehilfen kundzugeben. Hierauf hinzielende Anträge der Gehilfen an das Präsidium des Verbandes sind in Vorbereitung. Die Kündigung besetzt fort und nimmt größere Ausdehnung an. — Die Münchener vereinigten Buchdruckermeister haben den Beschluß gefaßt, zur Aufklärung über die zwischen ihnen und den Buchdruckergehilfen schwebenden Differenzen eine Ansprache an das Publikum zu richten. Die Redakteure und Verleger aller dortigen Zeitungen (ausgenommen „Vaterland“ und „Volkszeitung“), ferner die Verlagsbuchhändler und der allgemeine Gewerbeverein haben förmliche Erklärungen abgegeben, daß sie von der Gerechtigkeit der Sache der Prinzipale vollständig überzeugt, mit allen Kräften deren Bestrebungen, die Freiheit der Presse zu wahren und die Selbstständigkeit des Pressgewerbes wiederherzustellen, unterstützen würden. Diese Ansprache soll an den Bundesrath und den Reichstag, an die Behörden und an alle auswärtigen Vereine mitgetheilt werden. Seitens der Verlagsbuchhändler wird die Herausgabe neuer und die Fortsetzung begonnener Werke nach Maßgabe der vorhandenen Kräfte reduziert.

Verantwortlicher Redakteur Dr. rer. Wafner in Posen.

Privattelegramm der Posener Zeitung.

Wien, 12. März. Die „Neue freie Presse“ ist für 3 Millionen Gulden aus dem Eigenthum der Anglobank und der Unionsbank in den Besitz einer eigenen Aktiengesellschaft übergegangen. Die Hauptaktionäre sind die Herausgeber Etienne, Werthner, sowie die hervorragendsten Mitarbeiter. Außer der politischen ist nunmehr auch die volkswirtschaftliche Unabhängigkeit gesichert.

Neueste Depeschen.

Paris, 13. März. Nationalversammlung. Der letzte Artikel der Vorlage der Dreißig, die Uebertragung der Gewalten, die Einrichtung der zweiten Kammer, das Wahlgesetz und die Vorlegung entsprechender Gesetzentwürfe betreffend, wurde mit 367 Stimmen gegen 227 angenommen. Kerdrel beantragte, daß die Regierung die Gesetzentwürfe erst nach der Räumung des Landes vorlege. Dufaure bekämpfte den Antrag, welcher mit 436 Stimmen gegen 168 verworfen wird.

